

Schweiz

Opfer verzweifelt gesucht

Weniger frühere Verdingkinder als erwartet wollen Geld vom Staat. Ihre selbsternannten Vertreter deuten das als Zeichen, dass es den ehemals Fremdplatzierten noch schlechter gehe als behauptet.

Dreihundert Millionen Franken hat der Bund bereitgestellt, um ehemaligen Verdingkindern und Fremdplatzierten einen «Solidaritätsbeitrag» als Anerkennung für erlittenes Unrecht auszurichten. Bis zu 15 000 Opfern sollen je Zehntausende Franken als Zeichen der Wiedergutmachung zukommen. So hat es das Parlament im Rahmen des «Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981» beschlossen. Treibende Kraft hinter der behördlichen Demutsgeste war Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP). Die Justizministerin zeigte sich als jemand, der sich von früherem Unrecht besonders betroffen fühlt: «Das Thema hat für mich einen ganz besonderen Stellenwert.» Sie zeigte sich willig, die zuvor eingereichte Wiedergutmachungsinitiative grösstenteils umzusetzen, obwohl sich das Volk nie zur Haltung gegenüber früheren Verdingkindern äussern konnte.

Doch jetzt, o Überraschung: Es haben sich viel weniger Personen als erwartet gemeldet, die sich als Opfer sehen und ihren Anspruch auf die Solidaritätszahlung geltend machen. In den ersten vier Monaten sind nur rund 2500 Gesuche eingegangen. Gehe es in diesem Tempo weiter, rechnete der *Tages-Anzeiger* vor, so seien es bis zum Ende der Anmeldefrist im nächsten Frühling nur rund ein Drittel so viele Gesuche wie vermutet.

«Das Stigma lastet auf ihnen»

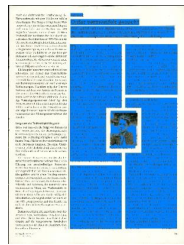
Die Erklärungen für die Flaute folgen auf der Stelle: Die angeblich so vielen Opfer würden dennoch existieren, aber die meisten hätten



«Besonderer Stellenwert».

eben Schwierigkeiten, ihre Ansprüche geltend zu machen. Viele könnten sich wohl «nicht zu diesem Schritt überwinden», so der *Tagi*: «Vielleicht wollen sie dem Staat nicht verzeihen, wie er sie behandelt hat. Oder sie schaffen es nicht, über ihre Erfahrungen zu reden.» Oder sie schämten sich gar für ihr Schicksal. «Das Stigma lastet immer noch auf ihnen», mahnte Daniel Lis, seinerzeit Mitglied der Expertenkommission «Administrativ Versorgte». Dass sich so wenige für die Ausgleichszahlung melden, wird also flugs so gedeutet, dass deren Traumatisierung noch schlimmer sein müsse als behauptet. Entsprechend forderte Thomas Huonker, Mitglied des ehemaligen Komitees der Wiedergutmachungsinitiative, dass der Bund keinesfalls die Höhe der Gesamtzahlung von 300 Millionen Franken reduzieren dürfe. Ansonsten sei das «schäbig».

Auf die naheliegendste Erklärung scheint aber niemand zu kommen: Es gibt schlicht nicht so viele ehemalige Verdingkinder und Fremdplatzierte, die sich als geschädigt sehen und darum Geld wollen. Sicher wurde vielen sogenannten Verdingkindern Unrecht angetan, zum Teil auch grosses: Manche wurden ausgebeutet oder gar misshandelt. Vermutlich



aber erlebte ein Grossteil der fremdplatzierten Kinder ihr Schicksal als bei weitem nicht so schlimm, wie uns heute weisgemacht wird.

Alles noch viel schlimmer?

Die moralischen Anwälte der vermeintlich «Betroffenen» lassen eine solche Deutung aber nicht zu: Ein Opfer ist ein Opfer ist ein Opfer. Gibt es sich nicht zu erkennen, sehen sie das als Beweis, dass alles noch schlimmer sein muss. Überraschend ist diese Einstellung nicht: Linke Kreise – und dazu zählen viele selbsternannte Vertreter ehemaliger Verdingkinder – bauen ihr ganzes Weltbild auf der Existenz von «Opfern» auf: Überall orten sie Unterdrückte, Notleidende und Hilflose, um sich Mal für Mal in die Pose von deren Rettern zu werfen: Den «Armen» verschaffen sie Ausgleichszahlungen, den «Gewaltbetroffenen» staatliche Zuwendungen und den vielen «Flüchtlingen» eine Rundumversorgung auf Kosten der Öffentlichkeit.

Linke Politik ortet immer neue «Opfer», um mit Verweis auf sie noch mehr Umverteilung, noch stärkere Regulierung und zusätzliche Zahlungen durchzusetzen: restriktive Arbeitsgesetze, um angeblich ausgebeutete Angestellte zu schützen; Gratis-Kinderkrippen, um angeblich an den Herd gebundene Mütter von ihrem Los zu befreien; und natürlich einen Vaterschaftsurlaub, damit sich die ach so leidenden Männer endlich ihrem Nachwuchs widmen können. Stellt sich aber heraus, dass es all die vielen Benachteiligten gar nicht gibt, oder nicht im behaupteten Ausmass, ist das bedrohlich und muss entsprechend geleugnet werden. Denn ohne die Existenz von «Opfern» fällt linke Politik in sich zusammen wie ein Kartenhaus.

Alex Reichmuth